

# LINKE & PIRATEN

Informationen der Rathausfraktion LINKE & PIRATEN Wiesbaden

Winter 2011/2012

## KOALITIONSVERTRAG DER VERLIERER

Hunderte Millionen für HSK, Rhein-Main-Hallen, EBS und Platz der Deutschen Einheit

SEITEN 6 BIS 9

## EIN-EURO-JOBBER: NACHZAHLUNG PRÜFEN

Bundessozialgericht: Tariflohn, wenn Arbeit eine reguläre Stelle verdrängt.

SEITE 9

## PLATZ DER DEUTSCHEN EINHEIT

Die Stadt Wiesbaden bewegt sich mit ihren Planungen auf dünnem Eis ...

SEITE 10

## LINKE UND PIRATEN BILDEN EINE GEMEINSAME FRAKTION IM RATHAUS

### ALTERNATIVEN FÜR EINE SOZIALE, ÖKOLOGISCHE UND TRANSPARENTE POLITIK

In Wiesbaden haben sich nach den Kommunalwahlen im Frühjahr die Stadtverordneten von DIE LINKE und PIRATEN zu einer gemeinsamen Fraktion zusammengeschlossen.

LINKE und PIRATEN reagierten damit auf die undemokratischen Absichten der neuen Mehrheitsfraktionen von CDU und SPD, die Fraktionsstärke willkürlich zu erhöhen und damit kleinen Gruppierungen in den Fachausschüssen das Stimmrecht zu nehmen.

Der Zusammenschluss der beiden politischen Gruppierungen ist allerdings kein reines Zweckbündnis. Es bestehen große politische Übereinstimmungen in vielen Sachfragen. Hierzu zählen unter anderem Gebührenfreiheit für Bildungseinrichtungen, soziale Gerechtigkeit, Ablehnung von PPP-Projekten, Ausbau von Bürgerbeteiligung und Transparenz. Schon in der Vergangenheit haben

LINKE und PIRATEN wie etwa beim Widerstand gegen die Planungen zum Platz der Deutschen Einheit außerparlamentarisch zusammen gearbeitet. Auch bei der Ablehnung der Finanzierung der EBS durch Steuermittel war man sich schon früh einig.

Der gemeinsamen Fraktion gehören die fünf Stadtverordneten Hartmut Bohrer (DIE LINKE), Michael Göttenauer (PIRATEN), Manuela Schon (DIE LINKE), Hendrik Seipel-Rotter (PIRATEN) und Veit Wilhelmy (DIE LINKE.) an.

Zum ersten, jährlich wechselnden Fraktionsvorsitzenden wurde einstimmig Hartmut Bohrer gewählt. Zum ersten stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden wurde Hendrik Seipel-Rotter ebenfalls einstimmig gewählt. Durch den Zusammenschluss ist die Fraktion LINKE&PIRATEN in allen Ausschüssen des Stadtparlaments mit Stimmrecht vertreten. „Die

Bürgerinnen und Bürger werden so mit uns verlässliche Ansprechpartner\_innen in allen Ausschüssen haben“, erklärt Hartmut Bohrer für die neue Fraktion.

Nicht alles, was in der Stadtpolitik behandelt wird, findet auch seinen Widerhall in der öffentlichen Berichterstattung.

Vieles, was die Mehrheitsfraktionen CDU und SPD als Politik für die Wiesbadener und Wiesbadenerinnen verkaufen wollen, verdient diesen Namen nicht – im Gegenteil. Mit der vorliegenden Zeitung will die LINKE&PIRATEN den Bürgerinnen und Bürgern Alternativen für eine wirklich soziale, ökologische und transparente Politik aufzeigen, die angesichts der politischen Mehrheitsverhältnisse in der Schublade oder im Papierkorb landen.

**Das Infoblatt der Fraktion wird künftig vier Mal im Jahr erscheinen und an**  
weiter Seite 2



## KONSEQUENTES NACHTFLUGVERBOT!

**Fluglärm in Rhein-Main wird bis 2020 stark zunehmen**

Etwa 15.000 Menschen aus dem Rhein-Main-Gebiet versammelten sich am 22. Oktober zu einer der bislang größten Demonstrationen vom Mainzer Hauptbahnhof über die Theodor-Heuss-Brücke nach Mainz-Kastel; dort fanden auf den Rheinwiesen die Abschlusskundgebung und ein Pop-Konzert statt.

**Lesen Sie zum Thema Fluglärm und neue Startbahn**

SEITE 3

Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger verteilt. Außerdem ist es im Fraktionsbüro im Rathaus erhältlich. Im Internet sind das Fraktionsinfo, aber auch alle Pressemitteilungen, Anträge und Anfragen abrufbar.

Unter [www.linke-und-piraten-wiesbaden.de](http://www.linke-und-piraten-wiesbaden.de) finden sich außerdem aktuelle Terminankündigungen und ein Wiesbaden-Blog, in dem man mit den Parlamentariern über Grundsätzliches und konkrete politische Weichenstellungen diskutieren kann.

## ZUSTÄNDIGKEITEN UND E-MAILS

**Hartmut Bohrer** (DIE LINKE.); Schule und Kultur; Planung, Bau und Verkehr; Fraktionsvorsitzender; [hartmut.bohrer@lipiwi.de](mailto:hartmut.bohrer@lipiwi.de)

**Hendrik Seipel-Rotter** (PIRATEN); Umwelt, Energie und Sauberkeit; Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration; stellvertretender Fraktionsvorsitzender; [hendrik.seipel-rotter@piratenpartei-hessen.de](mailto:hendrik.seipel-rotter@piratenpartei-hessen.de)

**Manuela Schon** (DIE LINKE.); Soziales und Gesundheit; Frauenangelegenheiten; Freizeit und Sport; [manuela.schon@lipiwi.de](mailto:manuela.schon@lipiwi.de)

**Michael Göttenuer** (PIRATEN), stellvertretender Stadtverordneter-Vorsteher; Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung; Revision; [Michael.Goettenauer@lipiwi.de](mailto:Michael.Goettenauer@lipiwi.de)

**Veit Wilhelmy** (DIE LINKE.); [Veit.Wilhelmy@lipiwi.de](mailto:Veit.Wilhelmy@lipiwi.de)

## MAGISTRAT

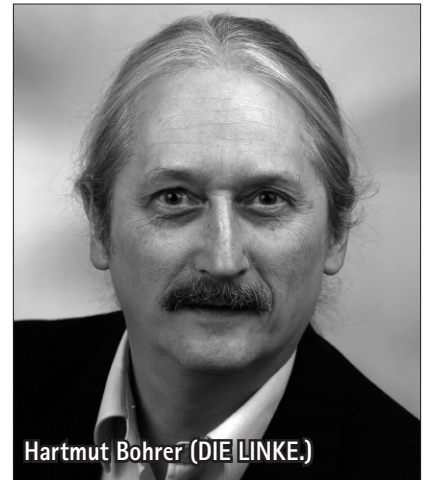
Die Fraktion hat **Mechthilde Coigné** in den Magistrat entsandt. Die ehemalige Stadtverordnete war in der letzten Wahlperiode in den Ausschüssen für Freizeit und Sport und für Frauenangelegenheiten engagiert. Sie ist über das Fraktionsbüro oder unter der Mail-Adresse [coigne.mechthilde@web.de](mailto:coigne.mechthilde@web.de) erreichbar.

## FRAKTIONSBURO IM RATHAUS

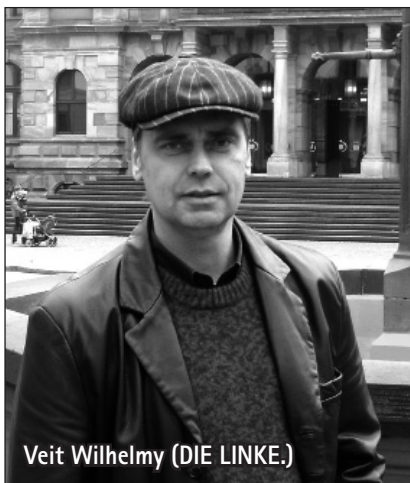
Das Fraktionsbüro im Rathaus (Räume 304 bis 306) ist unter der Nummer 0611-315426 und unter [linke&piraten@wiesbaden.de](mailto:linke&piraten@wiesbaden.de) zu erreichen. Das Büro hat montags bis donnerstags von 10 bis 13 und freitags von 10 bis 12 Uhr geöffnet. Mittwochs ist dort auch von 16 bis 18 Uhr ein Mitarbeiter erreichbar.



Mechthilde Coigné (DIE LINKE.)



Hartmut Bohrer (DIE LINKE.)



Veit Wilhelmy (DIE LINKE.)



Michael Göttenuer (PIRATEN)



Manuela Schon (DIE LINKE.)

Hendrik Seipel-Rotter (PIRATEN)

## STADT FÖRDERT „MEETING OF STYLES“

Wollte die CDU in der schwarz-gelb-grünen Koalition die finanzielle Unterstützung des rund um den Globus bekannten Graffiti-Festivals „Meeting of Styles“ einstellen, hat sie sich zwischenzeitlich eines Besseren belehren lassen. Das Amt für Soziale Arbeit und die Stadt Wiesbaden unterstützten die Veranstaltung, die neben Wiesbaden unter anderem auch in Chicago, London und Buenos Aires halt macht, wieder ein wenig Tausend Euro.

Es wird sich wohl auch bei konservativen Politikern die Einsicht durchgesetzt haben, dass diese Form von Graffiti nicht mit Schmierereien gleichzusetzen ist – eine Position, die neben dem Kasteler Ortsbeirat stets auch die Linke Liste vertreten hat. Auch die Fraktion LINKE&PIRATEN freut sich über den Meinungswechsel bei der CDU, „die offenkundig ihre etwas angestaubten Vorstellungen von Jugendkultur überdacht hat“, sagt Fraktionsvorsitzender Hartmut Bohrer.

Bilder vom diesjährigen Sprayer-Event sind auf der Homepage der Fraktion unter [www.linke-und-piraten-wiesbaden.de](http://www.linke-und-piraten-wiesbaden.de)

Der Frankfurter Flughafen vergrößert sich einmal mehr. Mit der Nordwestlandebahn, die am 21. Oktober in Betrieb genommen wurde, wird sich die Zahl der Flugbewegungen auf dem Rhein-Main-Airport noch einmal massiv erhöhen. Bis 2020 geht der Flughafenbetreiber Fraport von einer Zunahme der Flugbewegungen von aktuell 490.000 Starts und Landungen jährlich auf über 700.000 aus. Dies entspricht einem Wachstum von 43 Prozent.

Welche Auswirkungen das auf die Menschen im Rhein-Main-Gebiet haben wird, ist in Wiesbaden schon seit einigen Monaten spürbar. Denn zur Vorbereitung der Inbetriebnahme der neuen Landebahn sind seit dem 10. März 2011 neue Anflugregelungen in Kraft getreten, was zur Folge hat, dass die Stadt Wiesbaden einer massiv höheren Lärmbelastung ausgesetzt ist. Die Flugzeuge auf dem nördlichen Gegenanflug fliegen nun direkt über Wiesbadener Stadtgebiet, bevor sie in Richtung Landebahn einschwenken. Zudem fliegen sie im Vergleich mit anderen Großflughäfen wie etwa London-Heathrow deutlich niedriger an, was den Lärmpegel zusätzlich stark erhöht.

Auch von anderer Seite droht eine Zunahme der Lärmbelastung. Im Zuge der Verlegung des Hauptquartiers der US-amerikanischen Trup-



Demonstranten am 22. Oktober auf dem Weg zur Kundgebung vor der Baustelle zur neuen Hochkreisel-Gestaltung in Mainz-Kastel. Inzwischen hat sich Ende Oktober auch in Wiesbaden die „BI gegen Fluglärm Wiesbaden“ gebildet: einer der zentralen Punkte ist die Sicherung des Nachtflugverbotes von 22 bis 6 Uhr. Sprecher der BI ist Gottfried Schmidt, Telefon 0175-2173295; die Mailadresse der Bürgerinitiative lautet: BI-Fluglaerm-WI@t-online.de

pen in Europa nach Erbenheim soll der dortige Flughafen ebenfalls ausgebaut werden.

„In der Summe ergibt sich eine nicht zunehmende Belastung der Wiesbadener Bevölkerung“, sagt Hendrik Seipel-Rotter, umweltpolitischer Sprecher der Fraktion LINKE&PIRATEN im Wiesbadener Rathaus. Zwar begrüße er es, dass sich alle Parteien einig seien, die Verschiebung der Anflurouten nicht hinzunehmen, das reiche jedoch nicht aus. Seipel-Rotter: „Uns geht das

nicht weit genug. Wir sprechen uns gegen die so genannte Mediationsnacht aus, die ein Nachtflugverbot zwischen 23 und 5 Uhr vorsieht. Um die lärmgeplagten Anwohner wirklich wirkungsvoll zu entlasten, darf es zwischen 22 und 6 Uhr keine Starts und Landungen am Flughafen geben.“

Es könne nicht sein, dass die berechtigten Interessen der Menschen rund um den Frankfurter Flughafen auf dem Altar der Quartalsberichte geopfert werden.

## HARTZ-IV: STADT WIESBADEN BEGEHT GESETZESBRUCH

Termin zur Antragsannahme erst nach Zustimmung zu Eingliederungsvereinbarung / Sozialgeheimnis muss gewahrt bleiben

Die Stadt Wiesbaden erprobt derzeit eine neue Zugangsregelung an den beiden Sozialamtsstandorten Konradinerallee und Glarusstraße in Biebrich: Bevor die Betroffenen überhaupt einen Termin zur Antragsaufnahme erhalten, müssen sie sich schriftlich verpflichten, an einer zweiwöchigen „Maßnahme“ bei einem privaten Coaching- und Weiterbildungsinstitut teilzunehmen. Der Zugang zur lebensnotwendigen Existenzsicherung wird also abhängig gemacht vom Abschluss einer Eingliederungsvereinbarung.

Dies widerspricht eindeutig dem Gesetz, dass festlegt, dass Eingliederungsmaßnahmen individuell und unter Mitwirkung der Betroffenen erarbeitet werden müssen und nicht vom Amt diktiert werden dürfen. Eine nicht sofort geleistete Unterschrift darf unter keinen Umständen zu einer Leistungsverweigerung führen. Es ist außerdem nicht nachvollzieh-

bar wie Eingliederungsvereinbarungen abgeschlossen werden können, ohne dass geprüft wurde, ob überhaupt Anspruch auf Leistungen besteht. Falls nicht, werden der oder die Betroffene zwei Wochen durch eine sinnlose Maßnahme gegängelt, um dann einen Ablehnungsbescheid zu erhalten. Auch braucht es keinen privaten Dienstleister, der beim Ausfüllen der Formulare hilft. Die meisten Betroffenen sind vermutlich eigenständig



Manuela Schon, Stadtverordnete der Fraktion LINKE & PIRATEN Wiesbaden

genug. Für diejenigen, die es nicht sind, hat das Amt für soziale Arbeit eine Beratungspflicht, die es nicht auf andere auslagern kann.

„Niemand ist verpflichtet, gegenüber Dritten sensible, persönliche Angaben zu machen. Diese fallen unter das Sozialgeheimnis“, erläutert die Stadtverordnete Manuela Schon von der Fraktion Linke&Piraten. Dies belegt auch die Antwort des Magistrats auf eine entsprechende Anfrage:

„Soweit sich Leistungsberechtigte weigern, ihre Daten anzugeben, erschöpft sich die Hilfestellung der Firma Donner + Partner in allgemeinen Informationen zum Antrag, den erforderlichen Unterlagen und Nachweisen sowie das Nachhalten des vereinbarten Abgabetermins beim Jobcenter.“ Wie viel Donner+Partner an jedem Leistungsberechtigten verdient, habe die Stadt nicht mitteilen wollen, sagt Schon, die Betroffenen dazu rät, sich nicht auf die Dienste von Donner+Partner einzulassen: „Niemand hat das Recht, in Ihrem Privatleben zu schnüffeln.“

## KOALITION SPART BEI JUGENDARBEIT

### Nur geringe Erhöhung der städtischen Zuschüsse für Fahrten

Vor der Wahl waren sich SPD, CDU und Grüne mit der LINKEN noch einig: Bei einer Podiums-Veranstaltung des Stadtjugendrings unterstützten sie einhellig dessen Forderung nach einer Anhebung der städtischen Zuschüsse für Fahrten und Lager von drei auf fünf Euro. Preissteigerungen bei Material, Unterkunfts- und Reisekosten sowie die gestiegene Zahl von Zuschussanträgen machten dies notwendig.

Nach der Wahl wollen SPD und CDU davon nicht mehr viel wissen: Statt die zusätzlichen 100.000 Euro pro Jahr bereitzustellen, erklären sie nun, dass mehr als 50.000 Euro leider nicht drin seien. Zum Vergleich: Der Wiesbadener Gesamtetat beläuft sich 2012 auf rund 1 Milliarde Euro, alleine den Ironman 2012 lässt sich die Stadt knapp 300.000 Euro kosten. CDU und SPD werden nicht müde, den Wert ehrenamtlichen Engagements zu betonen – kosten soll es aber möglichst nichts. Gerade in einem Bereich wie der Jugendarbeit wird sich Pfennigfuchseriei allerdings nicht auszahlen – im Gegenteil. Die Konsequenzen dieser jahrelangen Vernachlässigung bekommt die Allgemeinheit bereits jetzt zu spüren.

[www.lipiw.de](http://www.lipiw.de)

## US-FOLTEREINHEIT JETZT IN WIESBADEN

### Aufbau des US-Hauptquartiers in Europa schreitet voran

Am 12. August wurde mit der Verlegung des 5. US-Corps ein wichtiger Grundstein zum Aufbau des europäischen Hauptquartiers der US-Streitkräfte (USAREUR) in Wiesbaden gelegt.

Traurige Bekanntheit erlangte das 5. US-Corps durch dessen früheren Kommandeur Ricardo Sanchez, der mit der ihm damals unterstehenden Wiesbaden-Erbenheimer 205th Military Intelligence Brigade durch die schrecklichen Folterungen in Abu Ghraib (Irak) von sich reden machte.

Teil des 5. US-Corps ist außerdem auch die 18. Militärpolizei Brigade in Mannheim, welche die in Abu Ghraib und anderen irakischen Gefängnissen und Lagern eingesetzten Militärpolizisten in den von ihnen angewandten grausamen Verhörmethoden ausbildete.

## POSTVERTRAG MIT „TNT“ IM DATENSCHUTZBERICHT

### Stadt reagiert auf Hinweis der Linken Liste wegen Sozialdatenschutz

Die Fraktion Linke Liste hatte im vergangenen Jahr öffentlich gemacht, dass die Arbeit des von der Stadt beauftragten Postdienstleisters TNT gegen den Sozialdatenschutz verstößt. Der Datenschutzbericht der Landeshauptstadt Wiesbaden nimmt ausführlich darauf Bezug.

#### Wir dokumentieren:

„Ein Bürger fotografierte Briefumschläge des Amtes für Soziale Arbeit, die entweder in Hausfluren oder offen auf Fensterbänken lagen, und schickte die Bilder an den Hessischen Datenschutzbeauftragten. Die Kollegen dort gaben den Fall an uns weiter. Inzwischen waren diese Vorkommnisse bei den Postzustelldiensten auch schon presseöffentlich geworden. Offenbar hatte es bereits zuvor Probleme mit dieser Firma oder deren Subunternehmen gegeben, denn auf

Grund dieser Vorfälle kündigte die Stadt den Vertrag mit TNT.

In diesem Zusammenhang gibt es ein kleines Kuriosum zu berichten:

Das Landesdatenschutzzentrum eines anderen Bundeslandes zertifizierte ausgerechnet die Firma TNT – praktisch zeitgleich mit der Wiesbadener Kündigung – als datenschutzrechtlich vorbildliches Unternehmen. Dies nahm der Hessische Datenschutzbeauftragte zum Anlass, den Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI) und die Kollegen Landesdatenschutzbeauftragten über den Wiesbadener Fall zu unterrichten. Daraufhin nahm der BfDI mit uns Kontakt auf und bat um eine Darlegung des Falles, einer Bitte, der unser Hauptamt gerne nachkam.“

## ÄRGER AM RHEINUFER UM WEINPROBIERSTAND

### Biebricher Gastronomen beklagen Wettbewerbsverzerrung und Behördenwillkür

Seit zwei Jahren gibt es unter der Federführung der Biebricher Interessengemeinschaft Handel und Gewerbe (BIG) in den Sommermonaten einen Weinprobierstand an der Uferpromenade.

Doch nicht alle Gewerbetreibende in der Umgebung sind glücklich mit diesem temporären Angebot. Vor allem einige Gastronomen im Umkreis des Standes fühlen sich von den zuständigen Behörden übergangen und benachteiligt: „Eigene gastronomische Pläne am Rheinufer wurden vom Tiefbauamt mit nicht nachvollziehbaren Gründen abgelehnt, die aber für diesen Weinstand nicht gelten sollen“, berichtet Veit Wilhelmy von der Fraktion LINKE & PIRATEN im Wiesbadener Stadtparlament. Denn über eine eigene Toilettenanlage verfügt der Weinstand nicht.

Überdies habe die Stadt es versäumt, die Gastronomen zu fragen, ob die Kunden des Weinstandes die Toilettenanlagen der umliegenden Cafés benutzen dürften.

„Anstatt sie am Geschäft in dieser wunderschönen Lage partizipieren zu lassen, werden bei den Steuer zahlenden Kleinbetrieben nur Kosten abgeladen“, kritisiert Wilhelmy.

Die Gastronomen fürchten zwischenzeitlich um ihre Existenz. Dies blieb auch der lokalen

Presse nicht verborgen. „Die Gäste bleiben seit der Eröffnung des Weinstands aus. Dafür kommen dessen Besucher häufiger herein, nur um die Toilette zu benutzen und dann wieder zurück an den Stand zu gehen“, zitiert der Wiesbadener Kurier im Juli einen betroffenen Gastronomen.

Die Fraktion LINKE & PIRATEN hat laut Wilhelmy nichts gegen einen Weinstand am Biebricher Rheinufer, fordert die städtische Verwaltung aber auf, die bestehende Wettbewerbsverzerrung im nächsten Jahr zu beheben.



# GLÄSERNES RATHAUS STATT GLÄSERNE BÜRGER

**LINKE&PIRATEN setzen sich für mehr Transparenz in der Politik ein**

„Transparenz ist eines der wichtigsten Themen im Wahlprogramm der Piraten“, sagt Hendrik Seipel-Rotter, Sprecher für Bürgerbeteiligung der Fraktion Linke&Piraten. „Die Linke Liste hatte sich schon vor dem Einzug der Piraten ins Rathaus um mehr Transparenz bemüht. Hier besteht Einvernehmen, dass Transparenz ein Thema ist, dem wir uns seit unserem Einzug im März in besonderer Weise annehmen.“ Beispielsweise durch den Antrag, beim nächsten Update des Politischen Informationssystems (PIWI) die Abstimmungsergebnisse aus den Sitzungen im Internet zu veröffentlichen.

„Die beiden großen Parteien sind den Bürgern die im Koalitionsvertrag angekündigte Transparenzoffensive nach wie vor schuldig“, so Seipel-Rotter weiter. Schlimmer noch: Auch beim aktuellen Update des Informationssystems ist der Antrag der Linken Liste nicht umgesetzt worden. „Der ist von 2008. Die sitzen das aus!“

Und auch sonst herrscht trotz aller Versprechen politisch dichter Nebel. Der Ältes-

tenausschuss hat den Antrag der Fraktion Linke&Piraten, Wiesbadener Politiker auf die Internetplattform Abgeordnetenwatch zu bringen, abgelehnt. Dies ist eine deutliche Absage daran, Bürgerfragen öffentlich im Internet beantworten zu wollen, wie es in anderen Kommunen bereits üblich ist. In manchen Ausschüssen weigern sich CDU-Stadtverordnete gar beharrlich, die nach einem Antrag der Linke&Piraten in allen Ausschüssen zur Verfügung stehenden Namensschilder zu nutzen, was interessierten Bürgerinnen und Bürgern das Verfolgen der Diskussionen erschwert. Elfenbeinturm statt gläserner Politik.

Das RathausTV ist das nächste Thema. Hier wird aktuell noch diskutiert. Leicht wird das nicht. „Mit unserer Forderung nach einem Videostream der Stadtverordnetenversammlungen im Netz stehen wir ziemlich alleine da“, bedauert Seipel-Rotter. Die Bürgerliste findet, dass sich die Wiesbadener lieber einen guten Film anschauen sollen, und die FDP glaubt, dass die Lokalpolitiker dann zu häufig

ans Rednerpult treten und die Sitzungen unnötig in die Länge gezogen würden. „Mir ist unbegreiflich, wie man sich die Chancen, die sich aus dem Netz und seinen Möglichkeiten ergeben, durch die Lappen gehen lassen kann. Anscheinend ist bei vielen Stadtparlamentariern trotz angekündigter Transparenzoffensive hier schon Schluss.“

Dabei steht die Fraktion hier erst am Anfang. „Die großen Brocken liegen ja noch vor uns“, kündigt Seipel-Rotter die weitere Arbeit zu den Thematiken Mitbestimmung und Transparenz an. „Wir wollen, dass alles öffentlich ist. Unterlagen. Protokolle aus Gremien, Aufsichtsräten, allen Ausschüssen und den Sitzungen des Magistrats. Verträge. Posten. Honorare. Gehälter. Alles. Geheimpapiere darf es in einem Rathaus der Bürgerinnen und Bürger nicht geben.“

Die etablierten Politiker halten die Forderung nach dem gläsernen Rathaus anscheinend immer noch für die verrückte Idee einiger Computernerds. „Dies ist aber Quatsch. Gläserne Politik bedeutet eine völlige Abkehr von der aktuellen Verfahrensweise. Sie kanalisiert den Wunsch von über 80 Prozent der Bevölkerung nach mehr politischer Teilhabe. Die Voraussetzung jedweder Teilhabe kann aber nur Transparenz sein. Das wird die Gesellschaft grundlegend verändern.“



## UMWELTZONE ALLEINE REICHT NICHT

**LINKE & Piraten fordern autofreie Innenstadt und attraktiven Nahverkehr**

Ein Auto mit Verbrennungsmotor, das 20 Liter Benzin im Stadtverkehr verbraucht, zweieinhalb Tonnen wiegt und 350 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer ausstößt, schont nicht die Umwelt. Besser ist die Ökobilanz für ein mit Salatöl angetriebenes Fahrzeug. Denn die Pflanzen, aus denen der Kraftstoff gewonnen wird, filtern während ihres Wachstums genau die Menge Kohlendioxid aus der Luft, der beim Verbrennen im Motor wieder frei wird. Und trotzdem bekommt die Dreckschleuder mit großem Hubraum eine grüne Plakette, das mit Salatöl betriebene Fahrzeug unter Umständen aber nicht.

Die von der Stadt Wiesbaden geplante Umweltzone wurde im Juni von der Lan-

desregierung als Genehmigungsbehörde als ineffektiv abgelehnt. Das Wiesbadener Verwaltungsgericht kassierte jüngst diese Entscheidung und sieht die Landesregierung in der Pflicht, eine Umweltzone in Wiesbaden zu genehmigen. Diese würde vor allem alte Dieselfahrzeuge aus dem Stadtbild verbannen, die noch vor wenigen Jahren steuerlich subventioniert wurden und als Wunderwaffe für Vielfahrer gelobt wurden.

Dagegen erhielten Fahrzeuge mit regelmäßigem Katalysator (G-Kat) immer eine grüne Umweltplakette, egal wie viel sie verbrauchten, kritisiert Hendrik Seipel-Rotter. Für den Stadtverordneten der Fraktion LINKE&Piraten ist eine Umweltzone nicht geeignet, die Luft-

qualität in Wiesbaden nachhaltig zu verbessern: „Eine Umweltzone hört sich gut an, hat aber mit Umweltschutz wenig zu tun. Wenn wir bessere Luft haben wollen, dann brauchen wir Maßnahmen, die die Emission aller Schadstoffe reduzieren. Daher wollen wir eine autofreie Innenstadt, die, wenn überhaupt, nur noch für Fahrzeuge zugänglich ist, die keine Schadstoffe emittieren wie Hybridbusse, Elektromobile, Roller oder Fahrräder.“



*Hendrik Seipel-Rotter,  
Stadtverordneter  
der Fraktion  
LINKE&PIRATEN Wiesbaden*

Er setze sich daher für einen umlagenfinanzierten Personennahverkehr ein, der mit enger Taktung zum Umsteigen einlädt und das Auto im Kerngebiet unnötig macht. Seipel-Rotter:

„Außerdem müssen wir dafür sorgen, dass die Anbindung Wiesbadens an die umliegenden Städte und Gemeinden attraktiver wird. Dazu zählen Schnellbusse in die Vororte und in den Taunus ebenso wie schnellere Verbindungen nach Frankfurt, Mainz und Darmstadt.“

## TEURE PRESTIGEOBJEKTE STATT „VERANTWORTUNG FÜR WIESBADEN“

**HSK, Rhein-Main-Hallen, EBS und Platz der Deutschen Einheit: Stadt „verausgabt“ Millionen**

Schon wenige Monate nach Unterzeichnung des Koalitionsvertrages zeigt sich, dass CDU und SPD es ernst meinen mit ihrer verqueren Sicht von „Verantwortung für Wiesbaden“, mit der sie ihr politisches Eckpunktepapier überschrieben haben. Denn „Verantwortung für Wiesbaden“ bedeutet bei der Regierungskoalition der Wahlverlierer gerade auch das Bereitstellen hoher Millionenbeträge für fragwürdige Bauprojekte:

Für den Neubau der Rhein-Main-Hallen sind über 100 Millionen Euro vorgesehen, den Neubau der dann teilprivatisierten Horst-Schmidt-Klinik soll die Bürgerschaft mit über 200 Millionen Euro bezahlen, und die städtebaulich und vergaberechtlich hoch umstrittene Sporthalle samt Bürokomplex am Platz der Deutschen Einheit schlägt mit 50 bis 100 Millionen Euro zu Buche. Und selbst am Sponsoring der Geldelite-Hochschule EBS wollen die Mehrheits-Fraktionen trotz zweckentfremdeter Fördergelder in Millionenhöhe festhalten. Die Folgen dieser städtebaulichen Großmannssucht sind fatal, sagt LINKE&PIRATEN-Fraktionsvorsitzender Hartmut Bohrer: „Sollten SPD und CDU diese Prestigeobjekte wie im Koalitionsvertrag angekündigt so realisieren, kämen auf die Bürgerschaft Kosten in Höhe von über 400 Millionen Euro zu. Geld, das an anderer Stelle dringend benötigt wird.“

Dies zeigt sich beispielsweise bei einem so wichtigen Thema wie Schulsanierungen, wo sich CDU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag mit der Feststellung begnügten, es werde eine Prioritätenliste vorgelegt, was das Stadtparlament vor Monaten längst beschlossen hat und die dann viele Monate auf sich warten lässt. Zur Finanzierung fällt ihnen nichts anderes ein, als dass die Veräußerung von Schulgrundstücken möglich sein sollte. In welcher Größenordnung sie Geld für die dringend nötigen Schulsanierungen bereitstellen wird und wo das herkommen soll, darüber schweigt sich die Koalition aus. Es sei absurd, dass in einer reichen Stadt wie Wiesbaden Kinder und Jugendliche weiter in maroden Schulen lernen müssten, nicht ausreichend Geld für Schulsozialarbeit und



*Dunkle Wolken über der EBS, die mit Millionen durch die Stadt Wiesbaden „gefördert“ wird.*

Jugendzentren vorhanden sei und Eltern für die Teilnahme ihrer Kinder an der „betreuenden Grundschule“ künftig fast 2.000 Euro im Schuljahr zahlen müssten, kritisiert Bohrer.

Doch nicht nur Kinder und Jugendliche sind Leidtragende der falschen Prioritätensetzung, auch in vielen anderen Bereichen plant

die Koalition den Rotstift anzusetzen. Was auf die Wiesbadenerinnen und Wiesbadener zukommt, wenn sich die neue Mehrheit mit ihren Vorstellungen durchsetzt, und wie sich die Fraktion LINKE&PIRATEN eine soziale, ökologische und transparente Politik für alle Bürgerinnen und Bürger vorstellt, ist den folgenden Seiten zu entnehmen.

## HSK: STADT WILL BAUEN UND PRIVATISIEREN

**49 Prozent der Anteile sollen verkauft werden / Belegschaft wehrt sich**

CDU und SPD wollen die kommunalen Wiesbadener Dr. Horst-Schmidt-Kliniken (HSK) im Schnellgang privatisieren und 49 Prozent der Anteile verkaufen. Zwar beteuern die Rathaus-Koalitionspartner, ihnen wäre ein „kommunaler Verbund“ am liebsten. Doch längst haben private Konzerne ein Auge auf unsere HSK geworfen. „Niemand will die HSK privatisieren“, behauptete der CDU-Stadtverordnete Reinhard Völker Anfang 2009 in der Stadtverordnetenversammlung. Mit ihm und seiner Partei würden die HSK „weder ganz noch teilweise privatisiert“, versprach SPD-Spitzenkandidat Axel Imholz bei einer HSK-Betriebsversammlung kurz vor der Kommunalwahl im März 2011. Alles Geschwätz von gestern.

Angeblich soll eine Teilprivatisierung die HSK-Defizite beseitigen und die Stadtkasse entlas-

ten. Ein Irrtum. Private Investoren wollen vor allem Geld verdienen. Dazu lassen sie sich oft in geheimen Verträgen ihre Einnahmen absichern. „Wenn Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden, zahlen wir alle am Ende drauf. Gewinner sind die privaten Kapitaleigner, die Rendite kassieren und sich die Filetstücke unter den Nagel reißen“, sagen Michael Göttenauer und Veit Wilhelmy von der Fraktion LINKE&PIRATEN im Wiesbadener „Stadtparlament“ zu den Privatisierungsplänen. Zu den Gewinnern zählen auch die beteiligten Banken, Anwälte und Berater.

Verlierer sind Beschäftigte und Patienten. Denn Statistiken belegen: In privatisierten Kliniken sind Löhne, Gehälter und Arbeitsbedingungen schlechter als in öffentlichen. Vor allem Kassenpatienten leiden darunter, wenn überlastete Ärzte und Pflegepersonal

sich nicht mehr gründlich um die einzelnen Menschen kümmern können. Das kann im Extremfall auch über Leben und Tod entscheiden. Größere Investitionen und ein möglicher Neubau sind noch lange kein Grund, um private Kapitaleigner am Klinikbetrieb zu beteiligen und ihnen Einfluss auf das Unternehmen HSK zu verschaffen. Eine Teilprivatisierung der HSK wäre die teuerste Art der Baufinanzierung. Die Finanzierung von Gebäuden und



**Veit Wilhelmy,**  
Stadtverordneter der  
Fraktion LINKE & PIRATEN  
Wiesbaden

Ausstattung mit medizinischen Geräten ist Aufgabe von Ländern und Kommunen.

Niemand hat nachgewiesen, dass ein Abriss der 30 Jahre alten HSK-Gebäude und ein kompletter Neubau tatsächlich nötig und

billiger wären als eine Sanierung und Modernisierung der bestehenden Bauten. Mit einem Neubau würden die Millionen, die in den letzten Jahren für die Renovierung und Modernisierung von Abteilungen wie Intensivstation und Notaufnahme ausgegeben wurden, auf der Bauschutt-Deponie landen.

Und auch dass Privatisierung selten funktioniert, wissen die HSK-Beschäftigten aus Erfahrung. 2002 übernahm der Dussmann-Konzern 49 Prozent der Anteile an der Tochter HSK-Service GmbH mit Küche, Reinigung oder Wäscherei. Bald häuften sich Klagen über eine schlechte Qualität der Reinigung. Dussmann flog raus und die HSK-Service GmbH übernahm wieder zu 100 Prozent. „Privatisierung ist kein



Die HSK-Belegschaft lässt sich nicht (für dumm) verkaufen.

Foto: Veit Wilhelmy

Naturgesetz. Sie kann auch gestoppt und sogar wieder rückgängig gemacht werden“, meinen LINKE&PIRATEN im Wiesbadener Stadtparlament.

Mit ihrer Ablehnung stehen sie nicht alleine: Die Mehrheit der 3.146 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der HSK hat schriftliche Vorbehalte gegen die Teil-Privatisierung geäußert, darunter auch 89 Prozent der Klinik-Direktoren. Selbst Gerhard Hamann, Ärztlicher Direktor an der HSK, betont, dass das primäre medizinische Ziel nicht die wirtschaftliche Situation sei. Und die Ärztegewerkschaft Marburger Bund erklärt, Klinik-Konzerne wie Asklepios oder Helios strebten grundsätzlich keine Minderheits-Beteiligung an kommunalen Krankenhäusern an – außer sie könnten in zwei Jahren zwei weitere Prozent und damit die Mehrheit übernehmen. Auf Initiative der L&P-Fraktion unterstützten in namentlicher Abstimmung alle Fraktionsmitglieder und die meisten GRÜNEN die „Wiesbadener Erklärung“ der

HSK-Belegschaft und von ver.di. Die anderen Fraktionen leider nicht.

HSK-Betriebsratsvorsitzender Michael Drott erinnerte jüngst auf dem „Symposium Gesunde Zukunft HSK“ auch daran, dass Klinikdezernent Arno Goßmann versprochen habe, keine Vorlage zu formulieren, die nicht von der Belegschaft getragen werde. In der Sitzung des Stadtparlamentes am 17. November stimmten allerdings nur die GRÜNEN dem Antrag der LINKEN&PIRATEN zu, (Teil-)Privatisierungen bei der HSK auszuschließen. Für Veit Wilhelmy ist das symptomatisch für das unredliche Verhalten der Sozialdemokraten in Wiesbaden. „Kaum sind sie an der Macht, sind ihre Wahlkampfversprechen Makulatur. Private Rendite und öffentliche Daseinsvorsorge passen nicht zusammen. Wir werden alles unternehmen, um eine Teilprivatisierung der HSK zu verhindern.“

**Merh zu diesem Thema im Internet unter [www.dielinke-wiesbaden.de/politik/aktionen](http://www.dielinke-wiesbaden.de/politik/aktionen).**

## SAFTIGE ERHÖHUNGEN BEI GEBÜHREN GEPLANT

**SPD und CDU bitten Eltern bei Kitas und Grundschul-Betreuung zur Kasse**

Die Bekenntnisse von SPD und CDU zu guter und bezahlbarer Bildung von vor den Kommunalwahlen erweisen sich schon kurz danach als bloße Lippenbekenntnisse. Denn nach ihren Plänen sollen Eltern ab dem 1. Januar 2012 erst einmal kräftig zur Kasse gebeten werden. Um bis zu 30 Prozent sollen die Beiträge für städtische Kindertagesstätten steigen. Für die Teilnahme eines Kindes

an der „betreuenden Grundschule“ werden dann fast 2000 Euro im Jahr fällig.

Die Gebührenerhöhungen stehen im krassen Widerspruch zu den Leitlinien für eine gute Kindertagesbetreuung in Wiesbaden, die ein „runder Tisch“ unter Beteiligung der SPD noch 2008 erarbeitet hat. Dort heißt es klipp und klar: „Es darf keinesfalls zu einer Gebührenerhöhung kommen – im Gegenteil: Eine schritt-

weise Senkung der Elternbeiträge – bis zur völligen Abschaffung – ist anzustreben.“ Auch in diesem Bereich hat sich die SPD von ihren eigenen Positionen verabschiedet. Während die Allgemeinheit bei Bildung und Betreuung mit saftigen Erhöhungen zur Kasse gebeten wird, kann sich die private European Business

Die Rathausfraktion von Linke und Piraten unterstützt alle Eltern und Erzieher\_innen bei ihrem Protest gegen diese unsoziale Politik.

Interessierte wenden sich an Manuela Schon, Telefon 0177-9733970, Mail [manuela.schon@lipiwi.de](mailto:manuela.schon@lipiwi.de)

## EBS: MALLORCA-TRIP MIT STEUERGELD BEZAHLT

Land fordert von Privathochschule Millionen zurück / Stadt fördert weiter

Teure Dienstessen und exklusives Catering, First-Class-Flüge und Workshops auf Mallorca: Die Macher der Privat-Hochschule EBS in Wiesbaden haben es sich mit Steuergeld gut gehen lassen. Das ergab eine Teilüberprüfung der Subventionen, zu der sich die Landesregierung nach massivem Druck der Opposition dann doch verpflichtet sah.

Das Ergebnis: 950.000 Euro der rund 17 Millionen Euro, mit denen das Land die EBS in 2009 und 2010 mit Steuermitteln unterstützt hatte, wurden zweckentfremdet. Mindestens. Denn genauer will es die Landesregierung gar nicht wissen. Auch nach dem Bekanntwerden der dubiosen Verwendung der Fördermittel und eines undurchsichtigen Geflechts von Beratungsfirmen um den mittlerweile gefeuerten Präsidenten Christopher Jahns hält es Wissenschaftsministerin Eva Kühne-Hörmann (CDU) nicht für nötig, die ordnungsgemäße Verwendung aller EBS-Subventionen zu überprüfen. „Die Privathochschule EBS erweist sich als Skandalstory ohne Ende. Das Verhalten der Landesregierung lässt nur einen Schluss zu: Man will etwas unter den Teppich kehren“, erklärt Janine Wissler, hochschulpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag.

Doch das ficht die Stadtregierung und die Mehrheitsfraktionen im Wiesbadener Stadtparlament nicht an. Die zehn Millionen Euro, die der privaten Hochschule die Entscheidung erleichtern sollte, ihre juristische Fakultät in der Landeshauptstadt anzusiedeln, wurden auch nach Bekanntwerden der finanziellen Unregelmäßigkeiten und Intrigen an der Hochschule nie in Frage gestellt – im Gegenteil: „Das, was die SPD vor der Wahl bei der

CDU-FDP-Grünen-Koalition und der Bürgerliste geißelte, wird von ihr jetzt selbst praktiziert: weitere Millionen sollen für die EBS fließen. Praktiziert wird das u.a. unter dem Deckmäntelchen der ‚Quartiersentwicklung‘ in Form einer Bezuschussung der EBS-Tiefgarage im ehemaligen Gerichtsviertel“, kritisiert der finanzpolitische Sprecher der Fraktion LINKE&PIRATEN, Michael Göttenauer. Ein Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN auf Stopp der Zahlungen an die EBS wurde allein von der Fraktion Bündnis90/Die Grünen mitgetragen und von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Für die EBS-Befürworter im Rathaus scheint das Motto zu gelten: Augen zu und durch. Angesichts der bekannt gewordenen Fälle der Zweckentfremdung von Steuergeld wäre es ihre Pflicht zu hinterfragen, ob die Privathochschule mit den öffentlichen Geldern auch verantwortungsbewusst umgegangen ist und korrekt wirtschaftet. Aber wer aus politischen Gründen nicht sucht, kann auch nicht fündig werden. Immerhin ermittelt der Staatsanwalt weiter, ob Ex-Präsident Jahns über ein Firmengeflecht EBS-Gelder veruntreut hat – auch wenn die EBS aus durchschaubaren Gründen die Hoffnung äußert, der Staatsanwalt möge das „baldmöglichst“ beenden.



Michael Göttenauer, Stadtverordneter der Fraktion LINKE & PIRATEN Wiesbaden



Figur auf dem Kinderspielpaltz in der Adolfsallee  
Foto: Peter Silbereisen

School (EBS) über einen warmen Geldregen aus der Stadtkasse freuen.

Das ist aber noch nicht alles: Gegen die Stimmen der LINKEN&PIRATEN beschloss das Stadtparlament, dass der Krippenausbau zu Lasten des Hortangebots in der Stadt gehen soll. Im Bereich der Schulkinderbetreuung sollen an Stelle der Hortplätze nun Betreuungsangebote an den Schulen selbst durch zum Teil unausgebildete, ehrenamtliche Betreuer\_innen treten. Der Umstand, dass in der Vergangenheit engagierte Eltern bestehende Lücken vorübergehend in Eigeninitiative zu schließen versuchten, soll nun zur Regel werden.

Auch hier bricht die SPD klar mit den Leitlinien für eine gute Kindertagesbetreuung.



## SELBSTBEDIENUNGS-OFFENSIVE STATT „TRANSPARENZ-OFFENSIVE“

**CDU und SPD „versorgen“ Stadtverordnete Tollebeek und Burghard mit lukrativen Geschäftsführer-Posten**

Die Pläne der Koalitionsfraktionen CDU und SPD, gut dotierte Geschäftsführerposten in stadteigenen Gesellschaften für zwei „verdiente Fraktionsmitglieder“ zu schaffen, rufen nach Auffassung des Fraktionsvorsitzenden der LINKEN&PIRATEN Hartmut Bohrer berechtigte Kritik hervor. Der Stadtverordnete Kai-Christofer Burghard (SPD) wurde von den Mehrheitsfraktionen zum Geschäftsführer des Wiesbadener Liegenschaftsfonds bestimmt, der stellvertretende CDU-Fraktionsgeschäftsführer Torsten Tollebeek wird den Posten eines Geschäftsführers einer neu zu gründenden Baugesellschaft übernehmen. Beide Unternehmen sind Ausgründungen der Wiesbadener Immobilienmanagement GmbH, der jeweils 94,9 Prozent der beiden großen kommunalen Wohnungsgesellschaften und der Stadtentwicklungsgesellschaft gehören.

Die Besetzung der beiden Posten hinter verschlossenen Türen und ohne eine öffentliche

Ausschreibung stößt außerhalb der eigenen Reihen von CDU und SPD auf wenig Verständnis. Die Wiesbadener Bürgerliste (BLW) kritisiert die „dreiste Versorgungspolitik“ ebenso wie die Grünen: „Diese Art von Selbstbedienungsmentalität ist völlig unakzeptabel“, schimpft deren Kreisverbandssprecher Herbert Bohr.

### **Frankfurter Allgemeine: Heikle Personalien lösen**

Als Grund für die beruflich-politische „Neuorientierung“ der beiden Stadtverordneten vermutet nicht nur die FAZ bei Tollebeek Querelen in der CDU-Fraktion und enttäuschte Hoffnungen im Fall von Burghard. In der Ausgabe vom 23. August schreibt das Blatt: „Vor diesem Hintergrund einigten CDU und SPD sich in den Koalitionsverhandlungen im April darauf, sowohl Tollebeek als

auch Burghard in ein kommunales Unternehmen abzuschieben, das es noch ausfindig zu machen galt. Die Einigung fiel nicht schwer. Denn damit verband sich das Kalkül, so auf beiden Seiten eine heikle Personalie regeln zu können.“

Aber einerlei ob Belohnung oder Abschiebung – die Fraktion LINKE&PIRATEN sieht sich darin bestärkt, dass die Ausgliederung von Aufgaben, die einst von städtischen Ämtern wie etwa dem Wohnungs- oder dem Hochbauamt wahrgenommen wurden, die Bürgerinnen und Bürger teuer zu stehen kommt: „Offenbar dienen die stadteigenen Gesellschaften dazu, flexibel bestimmte Fraktionsmitglieder in lukrative Posten zu bringen – auf Kosten der Allgemeinheit. In ihrem Koalitionsvertrag hatten CDU und SPD für den ‚Stadtkonzern‘ eine ‚Transparenzoffensive‘ angekündigt. Jetzt ist es erst einmal eine ‚Selbstbedienungs-offensive‘“, kritisiert Bohrer.

## NACHZAHLUNG FÜR EIN-EURO-JOBBER

**Gericht spricht Umzugshelfer aus Mannheim nachträglich Tariflohn zu**

Nach zwei aktuellen Urteilen des Bundessozialgerichts steht Ein-Euro-Jobbern der Tariflohn zu, wenn ihre Arbeit dazu geeignet ist, eine reguläre Stelle zu verdrängen. Denn Langzeiterwerbslose dürfen laut Sozialgesetzbuch nur in eine zusätzliche Stelle vermittelt werden, die es sonst in dieser Form nicht geben würde. Das Gericht hatte über die Klage eines Betroffenen aus Mannheim zu entscheiden, der in seinem Ein-Euro-Job als Umzugshelfer eingesetzt worden war. Es habe sich dabei nicht um zusätzliche Arbeiten gehandelt, stellten die Richter fest. Dem Mann wird jetzt der einem Umzugshelfer zustehende Tariflohn erstattet.

Der Stadtverordnete Veit Wilhelmy von der Fraktion LINKE&PIRATEN empfiehlt Betroffenen in Wiesbaden nun zu prüfen, ob für sie Nachzahlungsklagen zum Tariflohn in Frage kommen.

Gewerkschaftsmitglieder könnten dazu den Rechtsschutz des DGB nutzen.

„Bundesweit sind dadurch rund 150.000 reguläre Arbeitsplätze weggefallen. Auch in Wiesbaden fehlen bei mindestens 75 Prozent der örtlichen Ein-Euro-Jobs die rechtskonformen Voraussetzungen für eine staatliche Förderung“, betont Wilhelmy. So seien in der direkten Verantwortung der Stadt mindestens 100 versicherungspflichtige Arbeitsplätze in Grünanlagen, Großküchen und im Hausmeisterbereich weggefallen, unter Einbeziehung der weiteren beauftragten Träger von Arbeitsgelegenheiten sogar 750. „Trotz der anderslautenden Urteile des Bundessozialgerichts will die Rathauskoalition von CDU und SPD diesen Kurs weiter fortsetzen, obwohl sich im Bereich der Vermittlung der Leistungsberechtigten auf den ersten Arbeitsmarkt so gut wie nichts bewegt“, kritisiert Wilhelmy.

### **RHEINGAU-HOLLERBORN: SPIELPLATZWÄRTER SOLL KÜNFTIG FEST ANGESTELLT WERDEN**

Ein Ein-Euro-Jobber, der im Wiesbadener Rheingauviertel als Spielplatzwärter eingesetzt und dabei für reguläre Arbeiten wie Reinigung, das Auf- und Zuschließen des Toilettenhäuschens sowie Grünschnitt und Platzaufsicht zuständig ist, kann sich Hoffnung auf eine Festanstellung bei der Stadtverwaltung machen.

Ein entsprechender Antrag von Ortsbeiratsmitglied Veit Wilhelmy (DIE LINKE) wurde mit 13 Ja-Stimmen von SPD, CDU, Grünen, LINKE und FDP sowie je 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung (beide von der CDU) angenommen.

Für den nächsten Doppelhaushalt hat der Ortsbeirat die entsprechende Finanzierung einer regulären Arbeitsstelle beantragt.

# PLATZ DER DEUTSCHEN EINHEIT: STADT DROHT HOHE SCHADENERSATZKLAGE

## Entscheidet Europäischer Gerichtshof über künftige Bebauung?

Der Magistrat und die städtische Stadtentwicklungsgesellschaft (SEG) nehmen Kurs auf die Verwirklichung des umstrittenen Projekts einer Großsporthalle und eines Geschäftshauses am Platz der Deutschen Einheit.

Obwohl die noch von der Fraktion Linke Liste beim Land Hessen erhobene Kommunalaufsichtsbeschwerde „vergaberechtliche Bedenken“ bei der zuständigen Fachbehörde hervorrief und die EU-Behörde in Brüssel noch über die Rechtmäßigkeit der Vergabepraxis der Stadt Wiesbaden entscheiden wird, treiben Oberbürgermeister Helmut Müller (CDU) und die Mehrheitsfraktionen von CDU und SPD den Bau weiter voran. Noch für November wurde der Bauantrag der bayrischen Unternehmensgruppe Max Bögl erwartet.

Zur Erinnerung: Am „Platz der Deutschen Einheit“ ist seit Jahren der Bau einer Sporthalle für die direkt am Platz gelegene Elly-Heuss-Schule vorgesehen, die ursprünglich drei Millionen Euro kosten sollte. Weil diese Halle aber auch für den örtlichen, mit seiner Damenmannschaft in die Bundesliga aufgestiegenen Volleyballclub (VCW) errichtet werden und daher bundesligatauglich sein soll, erhöhte sich die prognostizierte Bausumme rasch auf

neun, dann 16,5 Millionen. Nach Abschluss eines Architektenwettbewerbs wollten Oberbürgermeister Helmut Müller und die Koalition aus CDU, FDP und Grünen das Projekt von einem privaten Investor bauen lassen und es dann von diesem 30 Jahre mieten. Die Kosten für dieses so genannte PPP-Projekt (PPP = Public-Private-Partnership) hätten sich auf weit über 95 Millionen Euro belaufen. Es war vor allem der Aufklärungsarbeit der Linken Liste und den Aktivitäten der „Initiative für bürgernahes Bauen am Platz der deutschen Einheit“ zu verdanken, dass diese Verschwendung von Steuergeldern letztlich einige Parlamentarier der Grünen ins Grübeln brachte, so dass diese das PPP-Projekt ablehnten. Letztlich entschieden sich die Stadtverordneten von CDU, SPD

und FDP für den Kauf des noch zu bauenden Objektes. Alleine die reinen Baukosten betragen um die 50 Millionen Euro. Sporthalle und Geschäftshaus sollen im Eigentum der Stadt bleiben, die allerdings nur die Halle selbst betreiben will. Die Läden und Büros sollen von Max Bögl günstig angemietet und weiter vermarktet werden, jedenfalls für die nächsten zehn Jahre.

Doch abgesehen von der Großsporthalle für den Volleyballclub VCW ist immer noch nicht klar, wie genau das geplante Geschäftshaus gebaut werden soll. Denn die neue Mehrheit im Rathaus strebt nach eigener Aussage „eine Unterbringung der Stadtbibliothek in dem neu zu bauenden Komplex am Platz der Deutschen Einheit an“ – wenn sich dies realisieren ließe. Da die Verwaltung sich in dieser Frage bislang in Schweigen hüllt, hat

sive Stimmenverluste erlitten, ist sicher kein Zufall: So verlor hier allein die SPD rund sechs Prozent. Gewonnen haben dagegen vor allem die Grünen, bei denen sich seit Sommer 2010 Skepsis gegenüber dem Koloss einstellte, aber auch DIE LINKE, die im Westend mit 9,4 Prozent das beste Ergebnis aller Ortsbezirke erzielte. Und die Piraten holten hier sogar ihren ersten Ortsbeiratssitz. Schon in seiner ersten Sitzung lehnte der Ortsbeirat die geplante Bebauung ab.

Die parteiübergreifende Kritik der Anwohnerinnen und Anwohner hätte für CDU und SPD im Rathaus ein weiterer Anlass sein können, über Alternativen nachzudenken. Doch das Projekt soll offenbar ohne Rücksicht auf berechnete Kritik der Bevölkerung durchgeboxt werden. Für Michael Göttenauer von der Fraktion LINKE&PIRATEN ist das Verhalten



der Regierungskoalition unverantwortlich: „Warum hält man an der voluminösen ‚bundesligatauglichen‘ Großsporthalle für einen Volleyballverein fest, dessen Existenz bis zur Fertigstellung keineswegs gesichert ist?“ Vor allem sorgt sich Göttenauer um die Lebensqualität der Anwohner: „Luft- und Lärmbelastung werden zunehmen, denn Besucher von

die Fraktion LINKE&PIRATEN sich direkt an den Magistrat gewandt. Nach Aussage von Oberbürgermeister Müller würde eine Stadtbibliothek in jedem Fall erhebliche Mehrkosten gegenüber der jetzigen Planung verursachen. Da eine Stadtbibliothek aber nun mal kein Geschäftshaus ist, würde das nach EU-Richtlinien eine neue Ausschreibung des Bauprojekts erfordern –, worauf die Initiative für bürgernahes Bauen und die Fraktion Linke Liste in der vorherigen Stadtverordnetenversammlung immer wieder hingewiesen haben.

Dass im Ortsbezirk Westend bei den Kommunalwahlen im März 2011 ausgerechnet diejenigen Parteien, die den Bau der voluminösen Großsporthalle plus Geschäftshaus am Platz der deutschen Einheit voran treiben, mas-

Sportveranstaltungen werden nicht nur mit dem Bus anreisen, sondern mit dem Auto und dann in der Innenstadt Parkplätze suchen. Außerdem werden Anwohner und Geschäftsleute von steigenden Immobilienpreisen und Mieten betroffen sein“, kritisiert der Stadtverordnete.

Mit ihrer Beratungsresistenz haben sich Magistrat und die Befürworter des Projekts am Platz der deutschen Einheit ohne Not selbst in eine Zwickmühle manövriert. „Sollte das Großprojekt wie geplant umgesetzt werden, dann leiden Anwohner und Geschäftsleute eines ganzen Viertels darunter. Wird es von der EU gekippt, drohen der Stadt millionenschwere Schadenersatzforderungen“, sagt Göttenauer. Verantwortung für Wiesbaden sehe anders aus.

# „HEUSCHRECKE“ WILL SENIORENHEIM WIEDER AUFBAUEN UND BETREIBEN

Hinter Alloheim GmbH steht Private-Equity-Haus STAR Capital Partners

Die Fraktion LINKE&PIRATEN sorgt sich um die Lebensumstände der Bewohnerinnen und



Hartmut Bohrer,  
Vorsitzender der Fraktion  
LINKE & PIRATEN  
Wiesbaden

Wohnanlage in Mainz-Kastel. Nach dem Abbruch des früheren Pflgetrakts liegt die Baustelle seit Mai mehr oder weniger brach. Eigentlich wollte der Berliner Seniorenheim-Betreiber Poli.care hier anstelle des früheren kommunalen Bangert-Heims einen Neubau errichten, der 152 Pflegeplätze sowie Wohnraum für an Demenz Erkrankte und junge Pflegebedürftige bietet. Im Bodentrichter des abgerissenen Gebäudes hatte sich zwischenzeitlich sogar ein Teich gebildet. Kein nettes Ambiente für die Mieterinnen und Mieter der angrenzenden Seniorenwohnanlage.

Aber nicht nur Bewohnerinnen und Bewohner der Seniorenwohnanlage, viele Kasteler Bürgerinnen und Bürger wurden monatelang im Ungewissen gelassen, wie es denn mit dem geplanten Neubau des Pflegeheims weitergeht. Erst eine Anfrage des Stadtverordneten Hartmut Bohrer (Fraktion LINKE&PIRATEN) an den Magistrat förderte zutage, dass die fehlende Baustatik Grund

für den monatelangen Stillstand auf der Baustelle war. Bürgermeister Arno Goßmann (SPD) teilte am 1. September mit, dass die Stadt am 8. August den Baustopp aufgehoben habe, den sie wegen des Fehlens einer genehmigten Statik Mitte Mai verhängt hatte. Der Bauherr habe angekündigt, die Bauarbeiten „zeitnah“ wieder aufzunehmen. Doch davon kann keine Rede sein. Anwohner berichten, dass bis Mitte Oktober nichts auf der Baustelle passiert sei. Der Vorsitzende der Rathausfraktion LINKE&PIRATEN, Hartmut Bohrer, in seiner Anfrage: *„Bewohnerinnen und Bewohner der Altenwohnanlage klagen darüber, dass die Gebäudeverwaltung nicht mehr auf Beschwerden reagiert. Außerdem stehen immer mehr Wohnungen in der Altenwohnanlage leer. Allein in dem Block, in dem die Einzelmietler leben, sind 40 Prozent der Briefkastenschlitze mit Klebeband versiegelt.“*

Bürgermeister Goßmanns Antwort zeuge in ihrer Ahnungslosigkeit über die Zustände auch von der geringen Bedeutung der ehemaligen städtischen Seniorenwohnanlage im Rathaus. Die Leerstände konnte er so nicht bestätigen, lediglich sechs Wohnungen stünden leer, weil sie behindertengerecht umgebaut werden sollten, schreibt der ehemalige Sozialdezernent. *„Eine Behauptung, die ziemlich an der Realität vorbeigeht“*, kritisiert Bohrer. Immerhin habe Goßmann angekündigt, dass die neue Eigentümerin der bisherigen Betreibergesellschaft Poli.care, der Düsseldorfer Seniorenresidenzen-Betreiber Alloheim GmbH, Besserung gelobt hätte. Sie werde bei der Mainzer Wohnbau als Hausverwaltung darauf dringen, dass *„Ansprechpartner und Telefonnummern der Gebäudeverwaltung den Bewohnerinnen und Bewohnern der Altenwohnanlage in der aktuellen Fassung bekannt gemacht werden.“* Pikant am Rand: Die Alloheim GmbH ist ein Unternehmen des britischen Private-Equity-Hauses STAR Capital Partners. Solche Private-Equity-Fonds, auch bekannt als Heuschrecken, sind bekannt für rücksichtslose Gewinnmaximierung: sie rationalisieren Firmen oder zerstückeln sie, um sie nach wenigen Jahren wieder zu verkaufen. Keine guten Aussichten für Angestellte und Patienten des zukünftigen Pflegeheims.

Für Hartmut Bohrer ist der Verkauf ein weiterer Grund, sich um die Zukunft der Bewohner/innen der ehemals städtischen Wohnanlage zu sorgen: *„Der Magistrat hat auch weiterhin die dringende Pflicht, die Interessen der Bewohnerinnen und Bewohnern zu wahren; denn diese sind schließlich einst in eine städtische Wohnanlage gezogen und nur durch die Liquidierung der Alten- und Pflegeheim AKK GmbH und den Verkauf der Wohnbau Mainz quasi privatisiert worden.“* Oberbürgermeister Helmut Müller (CDU) und Sozialdezernent Axel Imholz (SPD) sollten sich schon deshalb endlich um die Angelegenheit kümmern, weil in der Ortsverwaltung schon nicht wenige Menschen ihr Interesse an einem Platz in dem künftigen Pflegezentrum bekundet haben.



Wegen des monatelangen Baustopps hatte sich im Bodentrichter zwischenzeitlich ein Teich gebildet

## WIE ERREICHEN SIE UNS?

Geschäftsstelle der Fraktion:  
65183 Wiesbaden, Schlossplatz 6  
Rathaus, Zimmer 305  
Telefon (0611) 315426; Fax (06 11) 31 59 17  
Mail: Linke&Piraten@wiesbaden.de  
Internet: [www.linke-und-piraten-wiesbaden.de](http://www.linke-und-piraten-wiesbaden.de)

Wann sind wir erreichbar?:  
Mo.–Do.: 10–13 Uhr  
Fr.: 10–12 Uhr  
Mi.: auch 16.00–18.00 Uhr

Diese Zeitung ist kostenlos –  
wir freuen uns über Spenden:  
Konto 277 003 45  
Nassauische Sparkasse (BLZ 510 500 15)  
Fraktion Linke und Piraten  
V.i.S.d.P.: Hartmut Bohrer  
Ausgabe Winter 2011  
Gestaltung: Gottfried Schmidt

## FAHRTKOSTEN ZUM JOBCENTER WERDEN ÜBERNOMMEN

**Trotz BSG-Urteil: Sozialdezernat spricht von „freiwilliger Geste“**

Im Rahmen der Beratungstätigkeit der Linken Hilfe Wiesbaden e.V. war aufgefallen, dass die Stadt keine Fahrtkosten im Rahmen der Meldepflicht übernimmt. Dies wurde seitens der damaligen Kreisvorsitzenden der Wiesbadener LINKEN Manuela Schon und Jörg Jungmann heftig kritisiert, da das Bundessozialgericht (BSG) bereits im Jahr 2007 geurteilt hatte, dass Fahrtkosten im Rahmen der Meldepflicht auch dann übernommen werden müssen, wenn sie unter sechs Euro liegen.

In einem Artikel in der Frankfurter Rundschau vom 10. März wehrte sich das Amt für soziale Arbeit noch. Hier hieß es: „Doch Rolf Jäger, persönlicher Referent von Sozialdezernent Arno Goßmann (SPD), hält nicht das Verhalten der Jobcenter-Mitarbeiter für fehlerhaft, sondern die Interpretation des BSG-Urteils durch die Linken.“

Nach einer Klage eines Betroffenen sah die Sache plötzlich anders aus: Die Fahrtkosten werden inzwischen doch übernommen. Auf eine Nachfrage in der Fragestunde des Stadtparlaments wurde dies bestätigt und auch zugesagt, dass zukünftig auf die Möglichkeit der Kostenerstattung in den Einladungen des Jobcenters hingewiesen wird. Die Stadt besteht allerdings darauf, dass die Interpretation des Urteils durch die LINKE nach wie vor fehlerhaft sei, und es sich hierbei allein um eine freiwillige Geste der Stadt Wiesbaden handle. Wir meinen: Wenn die Umsetzung des Sozialgesetzbuchs so leichter fällt, soll es uns Recht sein. Uns reicht es vollkommen, wenn die Betroffenen das erhalten, was ihnen zusteht.

### LIEBE LESERINNEN UND LESER,

*es ist es uns nicht möglich, alle Informationen in wünschenswerter Ausführlichkeit in unserer Zeitung darzustellen.*

*Glücklicherweise gibt es aber das Internet; dort sind u.a. alle unsere Anträge, Anfragen und Beschlüsse im Wortlaut wiedergegeben.*

### SCHAUEN SIE MAL REIN.

*Besonders freuen wir uns über alle, die an konkreter Mitarbeit interessiert sind: Auch hier hilft das Internet zur Kontaktaufnahme weiter:*

[www.lipiwi.de](http://www.lipiwi.de)

# STADT LÄSST NEONAZIS AUFMARSCHIEREN

**Mangelnde Informationspolitik verhindert größere Proteste**

Nur knapp ein Jahr nach dem Großaufmarsch am 8. Mai 2010 in Erbenheim, an dem rund 160 Nazis aus ganz Deutschland durch den Ortskern des Wiesbadener Stadtteils marschierten, kam es im März dieses Jahres zu einer so genannten „Mahnwache“ der Jungen Nationaldemokraten (JN) vor dem Wiesbadener Hauptbahnhof. Angesichts der einschlägigen Vorstrafen einiger Beteiligten mutet ihr gewähltes Thema „Gewalt gegen Deutsche“ allerdings ziemlich absurd an:

Das Straftatenregister von Anmelder Christian Hehl aus Mannheim – auch bekannt als „Deutschlands bekanntester Skinhead“ – ist lang und reicht von Landfriedensbruch über Volksverhetzung bis zu Gewaltdelikten. Bereits 1997 wurde er wegen gefährlicher Körperverletzung eines Antifaschisten verurteilt. Seitens des Gerichts wurden ihm eine „menschenverachtende Gesinnung und Brutalität bescheinigt“, seinen politischen Feinden wünschte er in einem Interview „jede Menge 9 mm“. Teilnehmer an der Mahnwache war auch der frühere stellvertretende hessische Landesvorsitzende Mario Matthes, der in der Vergangenheit mehrfach wegen Gewalttaten am Rande von JN-Demonstrationen in Wiesbaden auffiel. (Quellen: [http://de.wikipedia.org/wiki/Christian\\_Hehl](http://de.wikipedia.org/wiki/Christian_Hehl); <http://www.sueddeutsche.de/politik/koerperverletzung-bewaehrungsstrafe-fuer-npd-politiker-1.595757>; <https://dokmz.wordpress.com/2009/07/14/gefahrlche-korperverletzung-kein-verfahren-gegen-prugelnden-nazi-frankfurter-rundschau-top-news/>). Dass hiesige Neonazis nicht vor Gewalt zurückschrecken, wurde auch im vergangenen Jahr durch den

Pflasterstein-Anschlag auf das Café Klatsch deutlich.

In vielen Städten ist es inzwischen durch überregionale Mobilisierung in breiten Bündnissen gelungen, öffentliche Auftritte von Neonazis durch Masse und Entschlossenheit zu verhindern. Der Oberbürgermeister von Jena, Albrecht Schröter (SPD) und die Jenaer Mitbürgerinnen und Mitbürger bieten den Neonazis regelmäßig die Stirn. Der Wiesbadener Magistrat ist bei solchen Gelegenheiten nicht zu sehen.

**Nazis setzen auf neue Strategie**

Die Nazis denken inzwischen offen über einen Strategiewechsel nach: Statt langer Wege für aussichtslose Großevents setzen sie inzwischen immer häufiger auf kurze Anmeldefristen und dezentrale Aktionen. Genau mit dieser Strategie gelang ihnen in diesem Jahr, was ihnen noch im letzten Jahr verwehrt geblieben war: ein weitgehend ungestörter Auftritt an einem zentralen Wiesbadener Ort.

Breite Gegenöffentlichkeit setzt die Kenntnis über ein bevorstehendes Ereignis voraus. Innerhalb von weniger als 24 Stunden ist es gelungen rund 150 Gegendemonstrantinnen und -demonstranten zu einer Gegendemonstration zu mobilisieren, darunter auch einige linke, grüne und sozialdemokratische kommunale Mandatsträgerinnen und -träger und Landtagsabgeordnete – ein gutes Zeichen für Wiesbaden! Vor allem die mangelnde Informationspolitik seitens der Stadtregierung ist dafür verantwortlich, dass es nicht mehr waren.



Neonazi-Aufzug in Erbenheim am 8. Mai 2010.

Foto: privat